

Sitzung vom 1. Juli 2009

**1063. Anfrage (Gesetzesgrundlagen / Bewilligungsgrundlagen
für die Eigenkapitalentnahme)**

Kantonsrat Martin Farner, Oberstammheim, sowie die Kantonsrätinnen Katharina Kull-Benz, Zollikon, und Inge Stutz, Marthalen, haben am 11. Mai 2009 folgende Anfrage eingereicht:

Wir stehen zur Tatsache, dass die finanzstarken Gemeinden unseres Kantons im interkantonalen und internationalen Steuerwettbewerb stehen. Die Abschöpfung von Steuersubstrat durch den Finanzausgleich kann daher nicht unbesehen erfolgen.

Es ist aber ebenso Tatsache, dass auch die Gemeinden in den Randregionen wie im Tösstal, Weinland oder Säuliamt diesem Steuerwettbewerb unterliegen. Wohl sind die Steuerbetroffene hier im Einzelfall deutlich kleiner, aber die Auswirkungen für den Kanton keinesfalls vernachlässigbar. Es ist heute schon Tatsache, dass in diesen Randregionen aus finanziellen Gründen Abwanderungen in die Nachbarkantone erfolgen.

Die jährliche 10% Eigenkapitalentnahme bei den Bezügergemeinden von Steuerfussausgleich hat zu einer gewaltigen Schmälerung der Eigenkapitalsituation geführt. Die Zunahme der Verschuldung in diesen Gemeinden wird zusätzlich verschärft, weil sie von der Geltendmachung von Investitionsbeiträgen ausgeschlossen sind.

Der heutige, dreistufige Finanzausgleich weist zwar verschiedene z. T. gravierende Mängel auf, ist aber von einer grossen Mehrheit der zürcherischen Gemeinden in den vergangenen Jahren grundsätzlich akzeptiert worden. Insbesondere hat er so lange gut funktioniert, wie der Staat seiner Verpflichtung zur Speisung des Investitionsfonds gemäss den §§ 25 und 34 FAG nachgekommen ist.

Dies war bis zum Jahr 1993 der Fall. Massive Reduktionen setzte der Kanton in den Jahren 1994 und 1995 durch. Seit dem Jahr 1996 bis heute liegen die jährlich ausgerichteten Investitionsbeiträge an die Gemeinden zwischen null und unter 2 Millionen, was krass im Widerspruch zu den gesetzlichen Vorgaben steht.

Im Gegenzug hat die Verschuldung der Gemeinden, insbesondere der Gemeinden mit Steuerfussausgleich, in diesem Zeitraum massiv zugenommen. Diese Verschuldungszunahme wurde noch zusätzlich ge-

fördert durch die Verschärfung der Praxis der Abteilung Gemeindefinanzen, wonach alle finanzschwachen Gemeinden selbst kleinste Investitionen in die Investitionsrechnung stellen mussten und ihnen unter Androhung von finanziellen Sanktionen untersagt wurde, von der sinnvollen Möglichkeit gemäss §23 der Verordnung über den Gemeindehaushalt Gebrauch zu machen.

Die meisten Gemeinden im Steuerfussausgleich haben in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in aller Regel ein weniger starkes Wachstum bei den jährlich wiederkehrenden Aufwendungen ausgewiesen, da sie durch den Steuerfussausgleich einem strengen Regime unterstehen. Im innerkantonalen Wettbewerb verlieren diese Gemeinden dadurch immer mehr an Attraktivität. Mit der zusätzlichen 10% Eigenkapitalentnahme wird nur eine Schuldenwirtschaft gefördert. Der Steuerfussausgleich bringt erst grössere Zahlungen, wenn das Eigenkapital klein und die Schulden gross sind. Die unter dem Joch des Steuerfussausgleichs stehenden Gemeinden werden zusehends unattraktiver, weil ihnen die Mittel entzogen werden. Einen Ausweg aus diesem Teufelskreis zu finden ist wahrlich nicht einfach bis schlicht und ergreifend unmöglich!

Fragen:

1. Basiert die Praxis der 10% Eigenkapitalentnahme bei Steuerfussausgleichsgemeinden auf einem Regierungsratsbeschluss?
2. Wer hat die Kompetenz, eine solche Massnahme festzulegen?
3. Welchen Betrag konnte der Kanton infolge Einstellung infolge der 10% Eigenkapitalentnahme einsparen?
4. Wie hat sich die Verschuldung in diesen Gemeinden durch die 10% Eigenkapitalentnahme entwickelt (ab 1986)?
5. Wie viele Gemeinden sind und waren von dieser Massnahme betroffen?
6. In welcher Verordnung, Handbuch, Kreisschreiben wurden die Gemeinden über diese Massnahme informiert?
7. Gibt es eine gesetzliche Grundlage, wonach Bezügergemeinden von Steuerfussausgleich keine Investitionsbeiträge erhalten?

Auf Antrag der Direktion der Justiz und des Innern
beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Martin Farner, Oberstammheim, Katharina Kull-Benz, Zollikon, und Inge Stutz, Marthalen, wird wie folgt beantwortet:

Der Kanton Zürich steht als Standort für Wohn- und Firmensitze im Wettbewerb mit den übrigen Kantonen, aber auch mit vergleichbaren Standorten in Europa. Massgebend für die Standortwahl ist eine Vielzahl von Faktoren. Ins Gewicht fallen unter anderem Umfang und Qualität staatlicher Leistungen wie Gesundheit, Bildung, Kultur, Sicherheit, Erschliessung durch Einrichtungen des öffentlichen und privaten Verkehrs, Zuverlässigkeit und Stabilität der staatlichen Leistungserbringung usw. Selbstredend wird bei der Standortwahl auch der Preis dieser öffentlichen Güter, der überwiegend in Form von Steuern zu bezahlen ist, berücksichtigt. Um als Standort attraktiv zu sein, müssen der Kanton und die Gemeinden öffentliche Güter bereitstellen, die den Bedürfnissen ihrer bestehenden oder angestrebten Einwohnerschaft entsprechen. Die Preise dieser Gemeindeleistungen, also die Steuern und Gebühren, sollen möglichst günstig sein.

Unabhängige wissenschaftliche Studien messen dem Kanton Zürich eine hohe Standortattraktivität bei. Eine erst kürzlich veröffentlichte Erhebung der Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung (BAK) zeigte die Wirtschaftsregion Zürich auf dem ersten Platz vor London und Kopenhagen. Den Ausschlag für die Attraktivität Zürichs gab besonders die geringe Steuerbelastung für Arbeitskräfte und Unternehmen. Auch im Standortwettbewerb zwischen den Kantonen förderten Abklärungen keine Hinweise zutage, dass gut situierte Steuerzahlende allgemein aus dem Kanton Zürich wegziehen würden. Betrachtet man die Steuerkraftentwicklung als Indiz für den Zu- und Wegzug guter Steuerzahlender, so ist festzustellen, dass die Steuerkraft der Zürcher Gemeinden in der Vergangenheit stetig gewachsen ist. Dies gilt ausserordentlich ausgeprägt für die finanzstarken Gemeinden, aber auch für die Gemeinden des Knonaueramts, des Oberlands und des Weinlands. Gleichzeitig ist auch die Kantonsbevölkerung gewachsen. Daraus lässt sich schliessen, dass weder in den reichen Gemeinden noch in den Randregionen eine allgemeine Tendenz zur Abwanderung in Nachbarkantone besteht. Trotzdem muss der Kanton Zürich sich weiterhin anstrengen, im interkantonalen und internationalen Verhältnis attraktiv zu bleiben. Zu den Voraussetzungen, die das ermöglichen, gehört auch ein fairer Standortwettbewerb zwischen den Gemeinden.

Der Finanzausgleich dient dazu, durch äussere Umstände hervorgerufene finanzielle Unterschiede abzubauen, und schafft damit die Bedingungen dafür. Er muss indes so beschaffen sein, dass die Gemeinden mit den Ausgleichsgeldern gleich sparsam umgehen wie mit ihren eigenen Steuereinnahmen. Dies ist für die Gemeinden nur interessant, wenn sie selber vom Sparen profitieren.

Der heutige Finanzausgleich mit seinen Wurzeln in den 60er-Jahren des letzten Jahrhunderts setzt sich aus den fünf Instrumenten Steuerkraftausgleich, Investitionsbeiträge, Steuerfussausgleich, Lastenausgleich der Stadt Zürich (Gesetz über die Staatsbeiträge an die Gemeinden und über den Finanzausgleich, Finanzausgleichsgesetz, vom 11. September 1966, FAG; LS 132.1) und finanzkraftabhängige Staatsbeiträge (Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990, LS 132.2) zusammen.

Der Investitionsfonds (§§ 19 ff. FAG) hilft, die Investitionslasten einzelner Gemeinden durch Beiträge des Staates zu vermindern. Er wird durch den Kanton finanziert. Beitragsberechtigt sind im Wesentlichen Gemeinden, die durch ihre Investitionen finanziell unverhältnismässig belastet werden und einen Steuerfuss beziehen, der mindestens 5% über dem Kantonsmittel liegt. Insgesamt richtete der Kanton im Verlauf der Jahre 1990–2007 Investitionsbeiträge im Betrag von rund 105 Mio. Franken aus. Diese gingen an die Gemeinden Affoltern a. A., Bachs, Bonstetten, Bubikon, Dachsen, Dägerlen, Dielsdorf, Eglisau, Fischenthal, Flaach, Flurlingen, Gossau, Greifensee, Grüningen, Hedingen, Hittnau, Hombrechtikon, Kleinandelfingen, Mönchaltorf, Niederhasli, Oberstammheim, Obfelden, Oetwil am See, Rheinau, Richterswil, Rifferswil, Rüti, Schleinikon, Trüllikon, Turbenthal, Unterstammheim, Wasterkingen, Wiesendangen, Wildberg, Winterthur, Zell und Zürich.

Anfang der 90er-Jahre war das jährliche Volumen der ausbezahlten Investitionsbeiträge deutlich höher als in jüngerer Vergangenheit. Dies ist einerseits auf die Zurückhaltung des Kantonsrates bei der Äufnung des Investitionsfonds zurückzuführen. Andererseits darf nicht ausser Betracht gelassen werden, dass der Investitionsfonds insbesondere als Instrument zur Entlastung der Städte Zürich und Winterthur gedacht war (Beleuchtender Bericht des Regierungsrates zum Gesetz über die Staatsbeiträge an die Gemeinden und über den Finanzausgleich, Amtsblatt 1979 Band II, Seite 1302). 1999 wurde das Finanzausgleichsgesetz insofern geändert, als der Kanton von der Stadt Zürich die Finanzierung der Höheren Fachschulen bzw. Fachhochschulen übernahm, was ihm eine zusätzliche Belastung von damals jährlich rund 30 Mio. Franken eintrug. Gleichzeitig wurde für die Stadt Zürich in den Bereichen Polizei und Soziales ein Sonderlastenausgleich geschaffen, der den

Kanton damals jährlich mit rund 54 Mio. Franken belastete. Beide Massnahmen dienten der Entlastung der Stadt Zürich. Eine zusätzliche Unterstützung Zürichs erübrigte sich damit. Aufgrund des Ausscheidens der Stadt Zürich als Beitragsempfängerin und der Verlagerung des Fachhochschulbereichs zum Kanton ergab sich eine wesentliche Verringerung des Beitragsvolumens. Festzuhalten bleibt, dass seit der Einrichtung des Investitionsfonds alle Gemeinden jederzeit Investitionsbeiträge erhielten, wenn sie die Anforderungen gemäss § 20 FAG erfüllten und unter Beachtung von § 22 FAG ein Betragsgesuch einreichten.

Mit dem Steuerfussausgleich (§§ 26 ff. FAG) tragen die Steuerzahlenden des Kantons den Aufwand der Gemeinden, den diese bei Festsetzung eines Steuerfusses von derzeit 123% nicht finanzieren können. Der Steuerfussausgleich hat somit die Funktion einer Defizitgarantie. Insgesamt finanzierten die Steuerzahlenden des Kantons im Verlauf der Jahre 1992–2008 über Steuerfussausgleichsbeiträge Gemeindeaufwendungen im Gesamtbetrag von rund 740 Mio. Franken.

Gemeinde	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000
Affoltern a.A.	97'000	573'500		845'000	212'000	158'000			
Andelfingen	512'000	211'000	98'000						
Bachs		46'300	73'200	350'000	181'000	299'000	254'400	57'000	207'000
Bauma								95'500	
Berg a.L.		772'800	44'800	360'400	33'000				
Bonstetten			304'000						
Buch a.L.	270'500	75'000							
Dachsen		321'000							
Dägerlen	605'700	198'000	705'000	307'000	311'000	372'000	194'000	111'000	
Dielsdorf	1762'300	1992'000							
Eglisau	1'833'000	941'000	158'000	242'000	239'000	586'000	394'300		
Feuerthalen		186'000	137'000						
Fischenthal	812'200	884'400		1'448'000	977'000	1'748'500	1'487'500	1'595'000	1'085'000
Flurlingen	317'000								
Gossau	2'540'000	2'039'000							
Greifensee	902'000								
Grüningen				316'000			660'000		
Hirzel		568'000	402'000	648'000		426'000			
Hittnau		800'300							
Hofstetten	85'300					189'000	350'000	279'000	260'000
Hombrechtikon	288'000			534'000	1'680'200				
Humlikon									
Hütten		230'000	208'600	406'600	237'000	360'500	269'500	64'000	302'000
Knobau	438'000	524'000			258'000	362'000			
Kyburg		181'000		174'000	222'000	296'000			74'000
Mönchaltorf	1'477'000	1'592'700	1'212'000	1'524'000	999'000	1'060'000	1'012'000		
Oberglatt	1'246'000	1'330'000	1'498'000	2'144'000	800'000	1'435'000	2'199'000		291'000
Oberstammheim	320'200	214'500	293'000	54'400	277'000	433'000	374'500	423'000	283'800
Oetwil a.S.									
Ossingen	228'000	286'000			184'000	261'000	411'000		
Otfelingen		222'000	135'000						
Präffikon	572'500								
Rheinau	1'007'000	1'079'000	1'004'000	762'000	832'000	257'000	177'000		43'000
Schlatt		108'000	60'000	20'000		251'000	224'000	214'000	152'000
Schleinikon			296'000	346'000	121'000	394'000	276'000	390'000	209'000
Sternenberg	641'500	762'000	299'000	647'000	508'000	336'000	322'000	94'000	416'000
Turbenthal				1'306'500	1'832'500	1'046'000	1'136'000	1'972'000	990'000
Unterstammheim		175'000			36'000	145'000	95'500		315'000
Volken	74'500						134'000		100'000
Wädenswil	2'494'000	286'000							
Wald		1'258'800	1'181'000	2'411'000		1'180'000	2'069'500		
Waltalingen	111'200	67'000					138'000		
Wasterkingen	41'000								
Wila									
Winterthur	5'490'000	28'040'000	20'130'000	32'115'000	36'000'000	32'000'000	33'000'000	42'000'000	36'617'000
Total	23'965'900	45'964'300	28'238'600	46'960'900	45'939'700	43'595'000	45'178'200	47'294'500	41'344'800

Gemeinde	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	1992 - 2008
Affoltern a.A.				1'011'000	2'142'000	1'914'000	1'030'100		7'962'600
Andelfingen									821'000
Bachs		132'100	69'400	493'600	236'000	529'600	421'200	484'000	3'833'800
Bauma								1'086'800	1'182'300
Berg a.l.									1'211'000
Bonstetten									304'000
Buch a.l.									345'500
Dachsen									321'000
Dägerlen		326'400	296'500						3'426'600
Dielsdorf									3'754'300
Eglisau			55'200						4'248'500
Feuerthalen									323'000
Fischenthal	1'627'000	328'600	1'611'000	1'171'000	1'906'000	1'009'300	416'550	385'200	18'492'250
Flurlingen									317'000
Gossau									4'579'000
Greifensee									902'000
Grüningen									976'000
Hirzel									2'044'000
Hittnau									800'300
Hofstetten	98'000	259'200	346'700	402'800	489'700	256'900	126'300	231'400	3'374'300
Hombrechtikon									2'502'200
Humlikon		28'500	25'000			307'900			361'400
Hütten		373'000	220'800	544'200	837'400	863'500	572'400	238'000	5'727'500
Knonau	293'000		608'500		685'000	142'059			3'310'559
Kyburg	360'700	943'300	407'000	423'700	539'700	521'300	173'100		4'315'800
Mönchaltorf									8'876'700
Oberglatt			1'173'000	1'212'000	1'092'000	679'000	214'100		15'313'100
Oberstammheim		81'500	154'000	135'600					3'044'500
Oetwil a.S.		208'000	1'065'400	97'000	1'484'700	1'742'100			4'597'200
Ossingen		105'300				486'000			1'961'300
Otelfingen									357'000
Pfäffikon									572'500
Rheinau		55'400	427'500	445'900	562'400	73'000	263'900		6'989'100
Schlatt	117'300	348'700	656'400	282'200	493'400	785'800	504'400	62'400	4'279'600
Schleinikon	545'000	575'900	436'200	430'000	387'500	14'800	186'700		4'608'100
Sternenberg	456'300	5'600	621'900	290'400	819'400	911'300	549'700	814'600	8'484'700
Turbenthal	815'000	1'376'800	2'317'000	460'000	479'500			57'000	13'736'800
Unterstammheim		267'000		461'000	4'000	451'000	258'300	433'100	2'640'900
Volken				118'800				57'200	484'500
Wädenswil									2'780'000
Wald		858'500	205'800	51'500	1'242'000		1'445'100		11'903'200
Waltalingen				157'000		408'900		299'800	1'678'500
Wasterkingen									41'000
Wila			488'700	464'000	188'600				1'141'300
Winterthur	25'000'000	37'000'000	43'000'000	46'000'000	45'362'000	45'000'000	34'306'000	30'600'000	571'660'000
Total	29'312'300	43'273'600	54'186'000	54'651'700	58'951'300	56'096'459	40'964'450	34'698'200	740'615'909

Die Defizitgarantie des Kantons zugunsten der Gemeinden beschränkt sich allerdings auf den Rechnungsfehlbetrag, der bei ordnungs- und planmässiger Haushaltsführung anfällt (§ 28 Abs. 1 FAG). Dabei sind insbesondere die Grundsätze der Gesetzmässigkeit, der Tragbarkeit, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Verursacherfinanzierung zu befolgen (§§ 2 und 5 Finanzhaushaltsgesetz vom 2. September 1979 in Verbindung mit § 165 Gesetz über das Gemeindewesen, Gemeindegesetz, GG; LS 131.1).

Jede Gemeinde muss die Einhaltung dieser Grundsätze sicherstellen. Gemeinden mit Investitions- und Steuervussausgleichsbeiträgen des Kantons sind dazu aber nur beschränkt in der Lage, denn sie können ihrer Einwohnerschaft Gemeindeleistungen anbieten, deren Kosten sie nicht tragen müssen. In dieser Konstellation ist für die Gemeinde jede zusätzliche Leistung unbesehen ihres Preises ökonomisch sinnvoll, da sie regelmässig einen Nutzen entfaltet, ohne die Gemeinde finanziell zu

belasten. Steuerfussausgleichsgemeinden haben deshalb im Wettbewerb um möglichst tiefe Steuern und möglichst gute öffentliche Leistungen eine besondere Ausgangslage: Ihre Wettbewerbsposition lässt sich nur dadurch optimieren, dass sie sich über den Steuerfussausgleich durch die kantonalen Steuerzahlenden ein im Vergleich zu den übrigen Gemeinden möglichst gutes Leistungsangebot finanzieren lassen. Entsprechend umfangreich sind jeweils die Begehren der Gemeinden: Sie erwarten beispielsweise, dass die kantonalen Steuerzahlenden über den Steuerfussausgleich Aufwendungen der Gemeinde für die Ortsbildpflege, Schlossgüter, Holzschnitzelfernheisanlagen, Eishallen, Hallenbäder und Kunstrasenplätze tragen. Auch kleine Landgemeinden erheben verständlicherweise zulasten des Kantons Anspruch auf solche Einrichtungen.

Der Kanton muss deshalb im Rahmen seiner Möglichkeiten für die Einhaltung der Haushaltsgrundsätze sorgen. Er muss darauf achten, dass die Gemeinden nur die notwendigen Investitionen vornehmen, die angeschafften Güter mit mehrjähriger Nutzungsdauer in ihrer Bilanz ausweisen, ihre Erfolgsrechnung nicht mit willkürlichen Abschreibungen belasten und für ihre Leistungen möglichst kostendeckende Gebühren erheben.

Das Gleichbehandlungsgebot verlangt, dass bei allen Ausgleichsgemeinden bei der Ermittlung des Defizits das Eigenkapital in die Betrachtung mit einbezogen wird. Da unter dem Regime des Steuerfussausgleichs freiwillige Abschreibungen, mit denen vorher stille Reserven gebildet werden konnten, nicht zulässig sind, vermindern sich die stillen Reserven im Verlauf der Zeit. Würden offene ausgewiesene Reserven in Form von Eigenkapital im Steuerfussausgleich nicht berücksichtigt, wären alle Gemeinden, die freiwillig abgeschrieben haben, benachteiligt, weil sie aktuell tiefere Abschreibungen als die anderen Gemeinden ausweisen und somit auch ein kleineres Defizit haben und weniger Steuerfussausgleich erhalten würden.

Die kantonalen Steuerzahlenden haben während der letzten 20 Jahre mit Investitions- und Steuerfussausgleichsbeiträgen Gemeindeaufgaben im Gesamtbetrag von knapp 1 Mrd. Franken finanziert. Trotzdem fühlen sich die betroffenen Gemeinden dadurch in keiner Weise begünstigt, sondern im Gegenteil bedrängt und ihres Steuersubstrats beraubt, wenn zur Finanzierung ihres Defizits etwas auf das Eigenkapital gegriffen wird. Diese Diskrepanz zwischen Ziel und Wirkung veranschaulicht die Fehlanreize und die sich daraus ergebende Belastung des Verhältnisses zwischen dem Kanton und den Steuerfussausgleichsgemeinden.

Sowohl die Investitions- wie die Steuerfussausgleichsbeiträge belohnen in den Gemeinden nicht das Sparen, sondern bieten im Gegenteil Anreiz, Geld zulasten des Kantons auszugeben. Sie gehören deshalb im Rahmen der laufenden Finanzausgleichsreform abgeschafft. Verständlicherweise widersetzen sich viele langjährige Steuerfussausgleichsgemeinden diesem Vorhaben, weil ihnen dieses nicht nur die Zuständigkeit und den Nutzen, sondern auch die finanzielle Verantwortung für ihre Leistungen überträgt.

Zu Fragen 1 und 2:

Die Eigenkapitalentnahme ergibt sich aus der Verpflichtung des Kantons, einerseits alle Gemeinden unbesehen ihrer Bewertungs- und Abschreibungspraxis gleich zu behandeln und andererseits insgesamt für eine sparsame und wirtschaftliche Aufgabenerfüllung zu sorgen.

Der Regierungsrat hat die Kompetenz zu Anordnungen auf der Grundlage des Finanzausgleichsgesetzes dem Gemeindeamt übertragen (Anhang 3 der Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung [VOG RR; LS 172.11]).

Zu Frage 3:

Von den insgesamt 65 Gemeinden, die seit 1992 Steuerfussausgleichsbeiträge beantragt haben, waren rund 21 Gemeinden über einen längeren Zeitraum dauernd auf Beiträge angewiesen (vgl. Tabelle). Die Erhebung der Daten der anderen Gemeinden ist kurzfristig nicht möglich.

Die Gesamtsumme der Eigenkapitalentnahmen beträgt insgesamt 5,1 bis 13,7 Mio. Franken pro Jahr.

PgName	1987	1988	1989	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997
Afoltem a.A.	4745836.24	8663895.45	11874233.48	11979786.35	9506215.56	8519994.20	7488510.05	9939386.08	8475475.88	11235593.68	10444179.06
Bachs	2454507.30	2516203.90	2691132.30	2754327.75	2398890.35	2262350.85	1993535.25	1813777.50	1585859.70	1707247.40	1537562.50
Fischenthal	725206.51	1796001.96	2681504.26	2082959.11	1875975.41	11889141.76	1070969.20	1077290.80	969871.85	1056706.10	951343.60
Hofstetten	1353904.20	1369987.30	1510896.50	1502733.85	1373893.10	1301829.65	1984333.25	1985021.85	2093149.00	2262832.40	2037003.55
Humlikon	898822.65	999581.25	997649.25	811445.05	682785.35	911608.90	945915.90	1109059.80	1495142.00	1216888.00	510783.70
Hütten	932498.27	1717688.02	2609083.47	2554579.61	1742271.26	1690181.61	1522155.06	1369943.16	1233028.06	1464228.06	1188369.63
Kyburg	165727.47	202150.02	322471.72	452230.62	519655.87	451233.47	362121.72	441865.27	402656.77	69904.62	68569.92
Maschwanden	2300878.25	2724173.75	3354128.20	3428529.75	3349739.90	3652488.10	3465890.20	3370906.80	3264133.00	3351454.20	3122050.05
Oberglatt	1490447.82	3324569.39	4611144.59	3682260.09	2679480.44	2376247.54	2143766.33	935337.28	581494.27	2835904.64	2552224.09
Oberstammheim	2467994.15	2645031.85	2639897.65	3283373.10	2638217.85	2375163.30	2138255.95	1924911.45	1732565.05	1667777.90	1501005.45
Oetwil a.S.	653908.35	6571595.15	6514101.15	6593184.12	6914535.07	6496228.67	5842546.07	5915468.42	5948992.37	11226476.47	5465184.77
Ossingen	3045217.90	3542889.55	3257476.15	2735879.90	2272553.35	2122501.30	2177875.25	2404779.50	2123254.40	3793922.55	3539197.70
Rheinau	323552.03	554134.18	717791.38	671125.34	-251137.26	-486641.71	-388731.71	-270994.91	-400329.35	35350.60	75747.10
Schlatt	974097.30	1107319.25	1167488.70	1162924.70	1127722.20	1278667.75	1122191.30	1010323.70	963104.30	1295627.25	1166543.95
Schleinikon	2417535.54	2514639.89	2650455.49	2728296.14	2735050.54	2530298.64	2627641.34	2365430.74	2129288.34	2641184.19	2374454.81
Sternenberg	244653.25	346209.00	407864.85	381734.05	344007.90	183160.90	165107.70	149280.75	-34973.75	814063.35	781324.55
Unterstammheim	2601105.00	2782432.75	3011125.90	2979363.25	1600474.35	1315519.40	1338830.90	1746811.05	1698596.00	2907406.60	2721626.55
Volken	885330.51	883885.91	891718.36	1282602.71	1251962.40	1195713.20	1177413.45	1180441.50	1092687.90	1590810.70	1521737.85
Wald	9492466.29	12230017.02	14059231.52	14537405.97	12491786.75	7904555.90	6071930.95	5465277.10	4914404.79	9089565.02	8173143.32
Waltalingen	3140926.50	3225148.30	3347325.75	3352814.35	2909381.10	2572960.00	2315883.45	2678047.10	3062591.05	4066978.45	4237748.70
Winterthur	36929900.44	54602895.29	65855707.75	68579742.22	52446792.25	17409435.77	15668510.19	14102050.14	12692217.22	60008980.61	49351588.29
Total	84229706	114340449	135172428	137537298	110610254	67352639	61264652	60713982	56013209	124338303	103321389
10 % EK-Entnahme	8422971	11434045	13517243	13753730	11061025	6735264	6126465	6071398	5601321	12433830	10332139

PgName	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Affoltern a.A.	12'225'182.67	14'578'871.63	19'530'089.55	24'292'413.39	24'989'508.10	24'643'083.98	22'405'192.36	20'680'582.82	22'395'677.50	21'000'957.64
Bachs	1'372'388.25	1'236'875.64	1'113'593.60	1'126'990.15	1'014'301.36	912'947.39	821'704.47	739'613.16	336'462.26	302'899.93
Fischenthal	857'017.40	771'249.85	694'600.96	456'443.98	413'785.58	375'910.19	311'481.41	311'481.41	-346'650.45	-277'175.63
Hofstetten	1'833'801.25	1'705'171.55	1'575'015.00	14'290'45.95	1'359'662.91	1'233'511.46	1'272'939.32	1'247'180.54	1'148'896.98	1'125'791.99
Humlikon	574'902.50	730'230.05	728'928.45	836'189.85	752'709.65	677'490.55	822'581.20	1'022'748.65	1'350'431.90	1'251'465.26
Hutten	1'070'022.88	963'669.34	867'406.89	806'814.59	727'058.52	655'350.13	589'900.84	531'066.74	780'624.22	702'613.19
Kyburg	98'261.22	234'784.67	-150'222.43	-108'260.33	-54'203.73	-9'855.96	89.81	188.41	87.54	112.19
Maschwanden	2'736'512.40	2'382'344.63	2'438'255.50	2'693'290.38	2'505'732.53	2'619'620.12	2'572'688.71	2'358'812.22	2'542'555.87	2'446'307.10
Oberglatt	2'297'979.22	3'072'794.47	2'740'988.07	3'460'694.28	4'572'229.26	4'115'353.37	3'621'817.70	3'259'030.82	2'390'805.74	2'151'749.92
Oberstammheim	1'351'185.90	1'218'983.00	1'096'095.95	2'295'885.66	2'067'267.11	1'861'389.92	1'675'345.21	2'044'119.57	1'869'003.14	1'308'811.59
Oetwil a.S.	6'097'356.16	6'283'925.37	6'008'838.89	7'627'533.69	6'851'038.04	6'159'040.77	5'543'419.21	4'320'551.98	2'811'966.27	2'990'605.13
Ossingen	3'142'545.90	3'545'157.85	3'851'465.40	3'767'394.85	3'864'402.84	4'317'001.08	4'330'542.18	4'716'513.81	3'524'983.96	3'311'906.89
Rheinau	99'171.24	298'182.24	268'948.55	502'520.15	450'109.48	405'187.33	362'796.20	325'132.36	118'039.08	106'294.89
Schlatt	1'050'581.25	946'139.45	851'614.65	766'474.33	689'860.60	610'884.34	549'805.51	494'901.66	475'994.15	428'413.00
Schleinikon	2'137'154.74	1'923'846.34	1'731'390.06	1'558'892.17	1'403'097.49	1'262'811.75	1'136'573.07	1'022'993.97	1'077'972.13	970'218.88
Sternenberg	697'354.30	651'193.86	612'970.45	551'666.97	496'554.31	436'898.72	393'283.61	354'024.99	820'067.89	738'073.20
Unterstammheim	2'600'853.44	2'947'660.34	2'855'168.47	3'291'543.22	3'121'140.87	3'375'803.77	3'438'920.20	3'502'923.40	3'864'967.89	5'747'213.27
Volken	1'370'267.75	1'478'373.25	1'303'914.05	1'366'503.30	1'321'288.50	1'288'831.55	1'158'405.50	1'139'331.59	1'281'373.55	1'284'020.20
Wald	7'353'377.49	7'735'012.85	7'965'684.58	8'033'181.12	7'230'533.27	6'507'782.94	5'587'652.09	5'029'003.86	6'113'583.05	5'486'498.31
Waltalingen	3'814'421.30	3'728'435.50	3'527'730.40	3'531'575.73	3'512'996.33	3'315'957.98	2'984'966.64	2'845'979.64	3'104'464.64	1'904'552.36
Winterthur	42'722'602.80	35'941'885.90	32'825'876.44	24'561'416.76	-16'167'082.17	-21'316.46	-40'202'30.53	865.97	36'902'215.15	33'212'241.22
Total	9550'3820	92'374'486	92'436'353	92'848'210	51'112'991	64'743'685	55'590'130	55'947'046	92'553'512	86'193'570
10 % EK-Entnahme	9550'382	92'374'49	92'436'35	92'848'21	51'112'99	64'743'68	55'590'13	55'947'05	92'553'51	86'193'57

Zu Frage 4:

Die oben stehende Tabelle zeigt, dass das kumulierte Eigenkapital der Steuerfussausgleichsgemeinden etwa demjenigen von 1987 entspricht. Von einem allgemeinen Abbau des Eigenkapitals durch den Finanzausgleich kann aufgrund dieser Zahlen demnach nicht gesprochen werden. Die Eigenkapitalentwicklung hängt viel mehr davon ab, ob die Gemeinden in guten Konjunkturzeiten von den Steuererträgen profitieren können oder ob sie auch in diesen Jahren Steuerfussausgleichsbeiträge beziehen.

Zu Frage 5:

In den letzten 16 Jahren waren von dieser Massnahme insgesamt 65 Gemeinden betroffen. Einige Gemeinden waren allerdings nur während ein oder zwei Jahren auf Beiträge aus dem Steuerfussausgleich angewiesen.

Zu Frage 6:

Die Gemeinden, die Steuerfussausgleich beantragen, reichen ihre Voranschläge im Herbst des Vorjahres zur Prüfung und Beurteilung dem Gemeindeamt ein. Dieses setzt danach den Steuerfussausgleich im Rahmen einer Besprechung mit der Gemeinde-Exekutive fest. Den Gemeinden werden der Steuerfussausgleich und die Berechnung im Anschluss an die Verhandlung mitgeteilt und dazu später eine Verfügung erlassen. Die Gemeinden werden über die 10% Eigenkapitalentnahme bei der Festlegung des Ausgleichsbetrages jährlich informiert.

Zu Frage 7:

§ 20 FAG nennt die Voraussetzungen zur Berechtigung von Investitionsbeiträgen. Danach sollen Gemeinden einen Beitrag erhalten wenn sie

- a) Steuerkraft- oder Steuerfussausgleich beziehen oder ohne die Investitionsbeiträge Steuerfussausgleich beziehen müssten oder
- b) einen Steuerfuss beziehen, der das Kantonsmittel um mehr als 5% übersteigt, oder
- c) durch ihre Investitionslasten andern Gemeinden Dienste leisten, ohne dafür finanziell vollständig entschädigt zu werden.

Aus dieser Regelung ergibt sich, dass die Steuerfussausgleichsgemeinden ebenfalls Beiträge aus dem Investitionsfonds beanspruchen können.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Direktion der Justiz und des Innern.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi